

03. November 2018

Pressemitteilung des Vorstands

Abstimmungssieg in New York und Aktion gegen die US-Blockade in Berlin

Am Freitag, dem **2. November 2018** trafen sich RepräsentantInnen mehrerer Kuba-Solidaritätsgruppen aus der Berliner Region, um das hervorragende Ergebnis der Abstimmung in der UN-Generalversammlung zugunsten von Kuba am Tag zuvor zu würdigen: Das Abstimmungsergebnis in der UN: **189 Staaten für das Ende der US-Blockade**, 2 Staaten waren für die Blockade (USA, Israel). Und zugleich wurde für ein Ende der US-Blockade demonstriert.

Die seit 56 Jahren währende Blockade ist völkerrechtswidrig und verletzt zahlreiche Prinzipien des internationalen Zusammenlebens, der Menschenrechte und des Handelsrechts. Der gegen Kuba verursachte Gesamtschaden beträgt bislang etwa **933,7 Milliarden US-Dollar!**

Mehr Staaten als je zuvor trugen ihre **Begründungen für ihre Ablehnung der US-Blockade** vor. Es war überaus eindrucksvoll zu sehen, wie aufrecht fast alle Staaten gegen das imperialistische Gebaren der US-Regierung auftraten. Und dies, obwohl die Trump-Regierung diesmal durch unerhörte, völlig undiplomatische Manipulationen versucht hatte, die Abstimmung zu stören.

Die Aktion der Kuba-Solidaritätsgruppen in Berlin gegen die US-Blockade **fand an drei symbolisch wichtigen Orten statt**: vor der Vertretung der Europäischen Kommission, der US-Botschaft und dem Bundeskanzleramt.



Die **US-Regierung** ist der Hauptaggressor gegen das souveräne Kuba. Die Blockade gegen Kuba muss umgehend beendet und Kuba für die immensen Einbußen entschädigt werden!

Die Mitgliedsstaaten der **EU** votieren seit vielen Jahren in der UN gegen die US-Blockade, unternehmen aber nichts dagegen. Dabei gibt es seit 1996 ein „Anti-Blocking-Gesetz“, mit dem gegen die extraterritorialen Effekte der US-Blockade vorgegangen werden könnte. Die EU muss zugleich mit anderen internationalen Gremien konkrete Möglichkeiten schaffen, die US-Blockade effektiv zu umgehen. Die EU muss endlich handeln!

Die **Bundesregierung** unternahm bisher trotz ihres Votums gegen die US-Blockade, gar nichts gegen sie und unterlässt es auch, in Deutschland tätige Unternehmen, Banken, Händler und sogar zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine gegen die US-Blockade zu schützen, wie es ihr grundgesetzlicher Auftrag wäre. Die Bundesregierung muss endlich gegen die US-Blockade vorgehen und zugleich mit der EU und anderen internationalen Gremien konkrete Möglichkeiten schaffen, diese effektiv zu umgehen.

Weitere Informationen: Dr. Edgar Göll, M: 0157-82421146